



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,  
Kinder, Familie  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 30.10.2024

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie  
am Mittwoch, 6. November 2024, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 11.09.2024
2. Hilfe für ausgegrenzte Personen in Wiesbaden - EhAP Plus Programm
3. Vorstellung der Ergebnisse des Hochschulprojektes Abisan der Hochschule RheinMain zum Thema „Wie erleben Jugendliche Wiesbaden?“

**4. 24-I-30-0004**

**ANLAGE**

Wahl von Vertreter\*innen der Politik im Komitee zur Ideenfindung für die Errichtung eines Denkmals zur Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter  
- Beschluss Nr. 0085 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2024 -

**5. 24-F-63-0077**

Anti-Rassismus-Workshop für kommunale Mandatsträger\*innen  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 30.10.2024 -

Als gewählte Vertreter\*innen haben kommunale Mandatsträger\*innen eine wichtige Vorbildfunktion in der Gesellschaft. Durch Antirassismus-Schulungen können sie diese Rolle besser wahrnehmen und ein klares Zeichen gegen Diskriminierung setzen. Rechtsextremistische und rassistisch motivierte Angriffe gegen Mitarbeitende in Städten und Gemeinden haben in letzter Zeit zugenommen. Schulungen können Strategien zur Prävention von Rassismus und Diskriminierung in der Kommune darstellen und Bewusstsein (Awareness) für dieses wichtige Thema fördern.

Die Bundesregierung hat die Bedeutung solcher Workshops erkannt und unterstützt Kommunen mit dem Projekt "Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass - gemeinsam Entscheidungsträger\*innen stärken". Dies zeigt, dass Antirassismus-Workshops für kommunale Mandatsträger\*innen als wichtiger Baustein für eine offene und diskriminierungsfreie Gesellschaft angesehen werden. Leider befindet sich Wiesbaden nicht unter den Modellkommunen dieses Projekts.

Umso wichtiger ist, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden aktiv wird und den gewählten Mandatsträger\*innen Anti-Rassismus-Schulungen anbietet.

*Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:*

*Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:*

*Der Magistrat möge für alle Mandatsträger\*innen der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte regelmäßig, mindestens aber einmal pro Wahlperiode, einen Anti-Rassismus-Workshop anbieten. Dies kann auch gerne in Verbindung mit Angeboten von freien Trägern stattfinden.*

**6. 24-F-22-0059**

Betriebliche Kinderbetreuungsangebote  
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 30.10.2024 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat bei U6-Plätzen eine gute Versorgungsquote erreicht, jedoch fehlen bei U3-Plätzen noch rund ein Sechstel der Plätze, um die Zielversorgungsquote zu erreichen. Der Gesetzesanspruch für die Grundschulkinderbetreuung erfordert zudem den Ausbau weiterer Plätze.

Betreuungsplätze sind für Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor, da die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung die Arbeitszufriedenheit und Produktivität positiv beeinflussen kann. Eine stärkere Zusammenarbeit mit Unternehmen könnte helfen, diese Lücken zu schließen und den Wirtschaftsstandort Wiesbaden zu stärken.

*Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele Betreuungsplätze für Kinder aktuell in Kooperation mit Unternehmen bestehen. Wie viele Belegrechte werden von Unternehmen finanziert?
2. in welchem Umfang Unternehmen eigene Betreuungsangebote organisieren. Wie viele Plätze sind aktuell vorhanden?
3. ob es in den letzten Jahren Anfragen von Unternehmen zur Schaffung von Betreuungsplätzen gegeben hat. Wenn ja, wie viele?
4. welche Möglichkeiten zur Unterstützung und Umsetzung solcher Anliegen aktuell bestehen. Welche Maßnahmen hält der Magistrat für umsetzbar?

## **7. 24-F-10-0018**

Umsetzung der Unterbringungsgebührensatzung  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 15.10.2024 -

Am 15. März 2018 wurde die Unterbringungsgebührensatzung beschlossen, die rückwirkend zum 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt wurde. Mit diesem Berichtsantrag sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie effizient und wie effektiv sich die Umsetzung der Satzung in der Praxis gestaltet.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Kinder, Familien und Wohnen möge beschließen,  
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hat sich im Zeitraum seit Inkrafttreten der Satzung bis heute die Gesamtanzahl der Personen entwickelt, die in Gemeinschaftsunterkünften (im Sinne des LAG) der Landeshauptstadt Wiesbaden untergebracht worden sind? Bitte stellen Sie die Zahlen nach Jahren aufgeschlüsselt dar.
2. Wie viele der Bewohner hatten in den einzelnen Jahren ein Einkommen, welches ihre Transferleistungsansprüche überstieg, sodass sie im Sinne der Satzung zahlungspflichtig geworden sind?
3. Wie haben sich die Einnahmen aus dem Vollzug der Satzung im Zeitraum seit ihrem Inkrafttreten bis heute entwickelt? Bitte stellen Sie die Zahlen nach Jahren aufgeschlüsselt dar.

**8. 24-I-30-0015**

**ANLAGE**

Einführung Bezahlkarte - Diskriminierung verringern und Teilhabe stärken  
- Beschluss Nr. 0053 des Ausländerbeirats vom 23.09.2024 -

**9. 24-A-79-0001**

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

**10. Verschiedenes**

## **Tagesordnung II**

*- Die Magistratsberichte zu den nachfolgenden Tagesordnungspunkten 1 bis 8 stehen im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -*

**1. 19-A-58-0011**

Rhein-Lounge am Schiersteiner Hafen  
- Bericht des Dezernates V vom 14.09.2024 -

**2. 21-F-55-0013**

Kostenlose Toiletten für Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.06.2021 -  
- Bericht des Dezernates V vom 14.09.2024 -

**3. 23-F-63-0010**

Sachstand Euroschlüssel  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -  
- Bericht des Dezernates V vom 09.10.2024 -

**4. 23-F-63-0098**

Unterbringung von Geflüchteten in der Landeshauptstadt Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.10.2023 -  
- Bericht des Dezernates V vom 14.09.2024 -

**5. 24-F-15-0025**

Gemeinnützigkeit der Wohnungswirtschaft

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 18.06.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 25.09.2024 -

**6. 24-F-15-0032**

Sachstand zum Krankenstand des Kita-Personals der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 02.09.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 10.10.2024 -

**7. 24-F-15-0033**

Sozialleistungen ordentlich und transparent verwalten - Forderungen der Wohlfahrtsverbände berücksichtigen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 03.09.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 30.09.2024 -

**8. 24-F-69-0014**

Öffentliche Toiletten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -
- Bericht des Dezernates V vom 06.09.2024 -

**9. 24-V-51-0037**

**DL 27/24-6**

Geschäftsbericht Elternbildung und Frühe Hilfen 2022

**10. 24-V-51-0040**

**DL 28/24-4**

Sanierung und Erweiterung der AWO Kita Betty Coridass, Deckung des Mehrbedarfs 2024

**11. 24-V-51-0041**

**DL 28/24-5**

Neubau Kita Hainweg Nord, Deckung des Mehrbedarfs 2024

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie  
am 6. November 2024

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der  
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte  
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Sebastian Rutten**  
Vorsitzender